

Konfliktregelung und Friedenssicherung im internationalen System

Autor:

Reinhard Meyers

unter Mitarbeit von:

Kathrin Ahlbrecht

Annegret Bendiek

Sabine Wagner

Vorwort

Staatszerfall und Staatengründung sind zwei interdependente Vorgänge, die für die Stabilität des internationalen Systems, dessen wichtigste politische Einheiten trotz der zunehmenden Bedeutung supra-, inter- und transnationaler Akteure immer noch von den Staaten gebildet werden, größte Bedeutung haben. Staatenzerfall und Staatengründung sind notwendigerweise mit großflächigen und intensiven sozialen und politischen Konflikten verbunden, die ganze Regionen betreffen und von denen eine Gefahr für den regionalen wie auch für den globalen Frieden ausgehen kann. Für die Bewahrung des internationalen Friedens sind seit den zwei Weltkriegen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Sicherheitsrat und das UN-System insgesamt, jeweils unterstützt von regionalen Sicherheits- und Verteidigungsorganisationen, zuständig. Somit stellt sich die Frage, wie dieses Institutionensystem „arbeitet“ und ob es ihm gelingt, den Frieden zu sichern.

Die Auflösung des Vielvölkerstaates Jugoslawien soll als Beispiel dienen, um in Erfahrung zu bringen, wie effektiv und effizient die Internationale Gemeinschaft am Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts Staatenzerfalls- und Gründungskonflikte bearbeitet. Obgleich der Jugoslawien-Fall, wie jedes andere reale Beispiel auch, singuläre Merkmale aufweist, scheint er dennoch geeignet zu sein, die Struktur- und Funktionsprobleme globaler Sicherheitsgovernance exemplarisch zu ergründen. Das vorliegende Lehrbuch beruht auf dieser Prämisse. Deren Tragfähigkeit genauer zu ergründen könnte auch die Aufgabe von Studienarbeiten sein, die sich mit den von internationalen Interventionen begleitenden Zerfallsprozessen des jugoslawischen Bundesstaates im Vergleich zu anderen Auflösungs- und Staatsbildungskonflikten befassen.

Als hilfreiche Unterstützung zur Lektüre des vorliegenden Studienbriefes sei an dieser Stelle auf die Sammlung zahlreicher Internet-Links im Anhang verwiesen, die den Text auf sinnvolle Weise ergänzen. Es gilt jedoch zu berücksichtigen, dass aufgrund der Schnelllebigkeit des Mediums Internet manche der angegebenen Seiten schon bald überholt sein können.

Das Autorenteam um Reinhard Meyers hat sich seit vielen Jahren mit den unterschiedlichen Aspekten und Phasen der Konfliktbearbeitung der ethno-politischen Konflikte in der Region des Westbalkans durch internationale Akteure beschäftigt. Drei Dissertationen sind die unmittelbare wissenschaftliche Vorarbeit für den jetzt vorliegenden Studientext gewesen. Reinhard Meyers, dem es gelang, seine drei Schülerinnen für dieses Lehrprojekt zu motivieren, gilt mein besonderer Dank. Ohne die Beiträge der drei Doktorandinnen wäre der Band natürlich auch nicht zustande gekommen. Und da sie sich in neuen beruflichen Kontexten bewähren mussten, muss deren Leistung und Engagement für diesen Lehrtext in höchsten Tönen gelobt werden.

Am Lehrgebiet war Judith Kuhn, deren kritischer und aufmerksamer Blick sich gerade bei einem Mehrautorinnenmanuskript bestens bewährte, für den Lehrtext verantwortlich. Gemeinsam mit Maik Schumacher, unserer wissenschaftlichen Hilfskraft, besorgte sie auch die endgültige Formatierung des Textes.

Georg Simonis

Hagen, Februar 2007

Lehrgebiet Internationale Konflikte
und Umweltpolitik

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
I Über den Autor	6
II Abkürzungsverzeichnis	8
III Abbildungsverzeichnis	12
IV Tabellenverzeichnis	13
1 Einführung	15
2 Konflikte: Definitionen, Erscheinungsformen und Ursachen – Versuch einer Typologie	23
2.1 Was ist ein Konflikt?	23
2.2 Konfliktursachen und Konfliktstrukturen	29
2.3 Ethnopolitische Konflikte als Erscheinungsform neuer Kriege	38
3 Vom Traum zum Albtraum: Das Ende des Vielvölkerstaates Jugoslawien	55
3.1 Einleitung	55
3.2 Pulverfass Balkan: Zur historischen Genese einer Konfliktgemengelage	59
3.3 Chronologie des Konfliktausbruchs: Akteure, Interessen, Rahmenbedingungen	63
3.4 Erklärungsmomente I: Die Nationalismus-Falle	71
3.5 Erklärungsmomente II: Ethnokratie, militärischer Bonapartismus und regionale Warlords	77
3.6 Erklärungsmomente III: Zu schwach, zu wenig, zu spät: Nonintervention als Handlungsmaxime des Klubs der Papiertiger	85
4 Konfliktbearbeitung: Akteure und Maßnahmen zu Prävention, Intervention, Management, Lösung und Nachsorge	95
4.1 Einleitung	95
4.2 Akteure der Konfliktbearbeitung: Handlungsoptionen und Durchsetzungsmöglichkeiten des „Track 1“ und „Track 2“	100
4.3 Konfliktverhütung durch Prävention?	116
4.3.1 Begriff und Geschichte	116

4.3.2	Der Konfliktpräventionszyklus am Beispiel Mazedoniens	130
4.4	Konfliktvermeidung durch unterschiedliche Formen der Intervention und Abschreckung?	140
4.4.1	Einleitung	140
4.4.2	Wirtschaftssanktionen als probates Mittel zur Konfliktvermeidung?	152
4.4.3	Fallbeispiel: Militärische Intervention im Kosovo als Folge misslungener Abschreckung	162
4.5	Konfliktmanagement durch Verrechtlichung?	170
4.5.1	Einleitung	170
4.5.2	Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen: Rückblick	175
4.5.3	Peacekeeping durch die Vereinten Nationen zur Jahrtausendwende	179
4.5.4	Ansätze zur Konfliktverregelung außerhalb der Vereinten Nationen: Die OSZE	190
4.5.5	Individuelle Verantwortlichkeit für Verbrechen: Der Internationale Strafgerichtshof	202
4.6	Konfliktlösung durch Interessenausgleich?	206
4.6.1	Einleitung	206
4.6.2	Fallbeispiel: Das Dayton Peace Agreement: Entstehungsgeschichte, Inhalt und Auslegung	207
4.6.3	Fallbeispiel: Serbien-Montenegro	220
4.7	Konfliktnachsorge durch sozioökonomische Stabilisierung und Entwicklung?	221
4.7.1	Einleitung: Theoretischer Rahmen	221
4.7.2	Das Problemfeld: Der Stabilitätspakt für Südosteuropa und der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der EU	222
5	Konfliktregelung und Friedenssicherung: Erwartungshorizonte und Erwartungsverwirklichungen	237
6	Literaturverzeichnis	245
Anhang 267		
I	Grafiken	267
II	Verzeichnis von Internet-Fundorten nützlicher Karten	269
III	Verzeichnis hilfreicher Internet-Links	272

I Über den Autor

Reinhard Meyers, Jahrgang 1947, studierte Politikwissenschaft, Anglistik, und Geschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn 1966–1970 mit dem Abschluss Magister Artium. Forschungsstipendiat der Wiener Library, London, an der Graduate School of Contemporary European Studies, University of Reading 1970–1972 mit dem Abschluss Master of Philosophy. Wissenschaftlicher Assistent bei Hans-Adolf Jacobsen und Karl-Dietrich Bracher am Seminar für Politikwissenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn 1972–1984. Promotion zum Dr. phil. 1974; Habilitation im Fach Politikwissenschaft 1986; seit 1987 Professor für Internationale Politik und Außenpolitik an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Seine Forschungsinteressen galten ursprünglich der Geschichte der Internationalen Beziehungen und der Sicherheitspolitik im 20. Jahrhundert, verlagerten sich aber schon vor der Habilitation auf die Wissenschaftsgeschichte der Lehre von den Internationalen Beziehungen sowie die Epistemologie, Methodologie und Theorie der internationalen Politik. Seit den 1980er Jahren ergänzt er diesen Schwerpunkt durch Arbeiten zur Friedens- und Konfliktforschung, seit den 1990er Jahren auch zur Europapolitik. Seit 1991 mehrfach Prodekan und Dekan des Fachbereichs Sozialwissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität, seit Oktober 1997 Ehrendoktor der Fakultät für Europastudien der Babes-Bolyai Universität Klausenburg (Rumänien). Mitgründer und seit 1993 Mitherausgeber der Zeitschrift für Internationale Beziehungen. EMail: meyersr@uni-muenster.de

Unterstützung bei der Erstellung des Studentextes erhielt Reinhard Meyers von drei seiner Doktorandinnen:

Kathrin Ahlbrecht, Jahrgang 1976, hat 2002 ihr Magisterstudium der Politikwissenschaft, des Öffentlichen Rechts und der Hispanistik an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster abgeschlossen. Anschließend erwarb sie am Europakolleg Brügge (Belgien) den Master of Advanced European Political and Administrative Studies. Ihre Studienschwerpunkte waren internationales Konfliktmanagement und Krisenprävention, Europäische Sicherheitspolitik und deutsch-französische Beziehungen. Sie hat u.a. am Sammelband „European Foreign Policy – from rhetorics to reality?“, hrsg. Mahncke, Ambos, Reynolds (2004), mit einer Fallstudie zu Mazedonien mitgearbeitet. Seit 2003 ist sie in Brüssel als Politikberaterin für eine Public Affairs Consultancy tätig. E-Mail: ahlbrecht@gmx.net

Annegret Bendiek, Jahrgang 1970, studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Romanische Philologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster; Abschluss Magistra Artium 1996; anschließend Studium am Europakolleg Brügge und Erwerb des Master in European Studies 1998; 1998–2003 Stipendiatin des DFG-Kollegs „Europäische Integration und gesellschaftlicher Strukturwandel“ sowie Lehrbeauftragte an der Universität Osnabrück, dortselbst Promotion zum Dr. rer. pol. 2003; 2003–2005 wiss. Assistentin im Fach Politikwissenschaft, Uni-

versität Bielefeld; seit Oktober 2005 wiss. Mitarbeiterin an der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin. E-Mail: annegret.bendiek@swp-berlin.org

Sabine Wagner, Jahrgang 1975, absolvierte ein Magisterstudium der Politikwissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, in dem sie sich insbesondere mit Nichtregierungsorganisationen und deren Rolle in der zivilen Konfliktbearbeitung befasste. Als Stipendiatin der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) am Institut für Sicherheit und Frieden (IFSH) in Hamburg nahm sie anschließend am Postgraduierten-Masterstudiengang „Peace and Security Policy Research“ teil und erwarb den Mastergrad. Zurzeit ist sie bei einer Beratungsfirma für Organisationsentwicklung in Berlin in den Bereichen E-Learning und Konfliktmanagement tätig. E-Mail: wagnesa@gmx.de

III Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Das Konfliktdreieck	26
Abbildung 2:	Analogieschlussverfahren der Konfliktforschung: Übertragung von Untersuchungsergebnissen von einer auf andere gesellschaftliche Konfliktebenen	27
Abbildung 3:	Kontinuum von Konfliktlösungsmustern	98
Abbildung 4:	Sequenz von Konfliktbearbeitungsmodi	98
Abbildung 5:	Konzept der „Multi-Track“-Diplomatie	101
Abbildung 6:	Konfliktbearbeitungsansätze nach Lederach	102
Abbildung 7:	NGO-Modelle	107
Abbildung 8:	Konfliktvermeidung/Konfliktprävention	120
Abbildung 9:	Präventionsphasen	122
Abbildung 10:	The Conflict Cycle and EU Measures of Crisis Prevention in the Understanding of the EU	125
Abbildung 11:	Wirkmechanismus von Sanktionen - traditionelle Sicht	155
Abbildung 12:	Organisatorische Struktur des UN-Mandats	168
Abbildung 13:	Ongoing UN Peacekeeping Missions	180
Abbildung 14:	Die Organisationsstruktur der OSZE	197
Abbildung 15:	Organisatorische Struktur des Daytoner Abkommens	216
Abbildung 16:	Regionales Sicherheitsregime	235

IV Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Root Causes for Conflict	30
Tabelle 2:	Konfliktgründe	34
Tabelle 3:	Akteur: Konfliktstrukturen	35
Tabelle 4:	Underlying Causes	47
Tabelle 5:	Proximate Causes	49
Tabelle 6:	Underlying Causes of the Conflict in Burundi	50
Tabelle 7:	Proximate Causes of the Conflict in Burundi	51
Tabelle 8:	Konfliktergebnisse	58
Tabelle 9:	Developing Effective Conflict Prevention Strategies	127
Tabelle 10:	Bedeutung, Funktion und Wirksamkeit von Abschreckung	147
Tabelle 11:	UNO-Generalskretäre	176
Tabelle 12:	Annexe von Dayton	215
Tabelle 13:	Amtszeiten der Hohen Repräsentanten	218

Diese Seite bleibt aus technischen Gründen leer

1 Einführung

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts ist die Zahl der bewaffneten Konflikte um 40 Prozent zurückgegangen. Die einzige Form der Gewalt, deren konkrete Manifestation zugenommen hat, ist der internationale Terrorismus, dem aber – im Vergleich zu Kriegen – viel weniger Menschen zum Opfer fallen. Nach der Studie „Menschliche Sicherheit“, die unter der Leitung des Konfliktforschers Andrew Mack von der University of British Columbia erstellt wurde, hat seit dem Fall der Mauer die Zahl der Konflikte weltweit abgenommen. Auch könne belegt werden, dass frühere Kriege, die oft mit konventionellen Armeen geführt wurden, im Durchschnitt weit mehr Todesopfer gefordert haben als Auseinandersetzungen der Gegenwart, die meist als low intensity conflicts bezeichnet werden. Auch Völkermorde und ähnliche Gewaltexzesse haben laut Studie nach 1992 abgenommen – trotz des Genozids in Ruanda und trotz der Gräueltaten auf dem Balkan. Als Gründe für diese Trends nennen die Forscher drei Faktoren: Erstens gingen mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation zahlreiche sogenannte Stellvertreterkriege in der Dritten Welt zu Ende. Zweitens sei die Epoche der kolonialen Herrschaft überwunden worden. Ein großer Teil der Kriegsoffer von den 1950er bis 1980er Jahren ist demnach kolonialen Konflikten zuzurechnen. Schließlich verweist der Report auch auf eine Steigerung internationaler Aktionen zur Konfliktverhinderung, die zur Entwicklung beigetragen haben. Die wenigen neueren Hightech-Kriege – im Kosovo oder Afghanistan – seien durch militärische Überlegenheit schnell beendet worden und hätten deshalb weniger Opfer auf dem Schlachtfeld gekostet als früher. Der Irakkrieg ab 2003 wird allerdings von den Autoren der Studie als Ausnahme gesehen. Der Krieg sei zwar schnell geführt worden, doch der anhaltende Aufstand saddamtreuer subversiver und terroristischer Kräfte habe bereits Zehntausende Menschenleben gefordert (vgl. Human Security Centre 2005, insbes. Kap. V)

Konfliktbilanz während und nach dem Ost-West-Konflikt

Der vorliegende Studienbrief „Konfliktregelung und Friedenssicherung zu Beginn des 21. Jahrhunderts“ versucht die Ursachen, Bedingungen, Prozesse und Strukturen von Krieg und Frieden bzw. Konfliktregelung und Friedenssicherung zu Beginn des 21. Jahrhunderts darzustellen. Als herausragendes Beispiel für die sogenannten „Neuen Kriege“ nach dem Ende des Ost-West-Konflikts wird der Jugoslawienkonflikt in seinen verschiedenen Konfliktphasen analysiert. Disziplinär verorten sich Verfasserinnen und Verfasser in der Friedens- und Konfliktforschung, deren Hauptaufgaben darin bestehen, zu prüfen, welche Konflikte welcher friedensstauglichen Konfliktbehandlung zugänglich sind. Sie soll

Aufgaben der Friedens- und Konfliktforschung

1. Anlässe, Gründe, Verlauf und Folgen von (meist gewaltsamen) Konflikten beschreiben, analysieren und erklären,
2. Mechanismen des Managements, der Einhegung, Schlichtung, Lösung und Überwindung von (meist gewaltsamen) Konflikten entwerfen, erörtern und auf ihre Wirksamkeit überprüfen,

3. Werte, Normen, Regeln und Regelwerke sowie Institutionen der Friedenserstellung und Friedenssicherung konzipieren und deren praktisch-politische Umsetzung fördern.

Selbstverständlich wendet sich die Friedens- und Konfliktforschung nicht nur den Konflikten zwischen internationalen Akteuren zu, sondern auch denen auf transnationaler Ebene. Dabei werden die individuelle und die innergesellschaftliche Interaktionsebene gleichermaßen berücksichtigt – zumal vielfach Konflikte auf einer Interaktionsebene Ursache und/oder Anlass von Konflikten auf anderen Interaktionsebenen sein können (Verschränkung der Konfliktebenen). Es besteht zugleich die Hoffnung, Konfliktregelungs- und Lösungsmechanismen, die sich auf einer Konfliktinteraktionsebene bewährt haben, auf andere Interaktionsebenen übertragen zu können (Analogie oder Homologie der Konfliktlösungsmodelle).

Themenschwerpunkt
des Studienbriefs

Der Themenschwerpunkt dieses Studienbriefs konzentriert sich auf die Verschränkung von internationaler und gesellschaftlicher Konfliktebene, für die ein kurzer historischer Exkurs zum besseren Verständnis beiträgt: Mit der Auflösung der Ordnung von Jalta – Resultat der militärischen Kräfteverteilung am Ende des Zweiten Weltkrieges – schienen die überkommenen Prämissen der internationalen Politik der letzten viereinhalb Jahrzehnte ihre Geltung verloren zu haben. Beschworen wurde die Genese einer neuen Weltordnung – angebahnt in Osteuropa, zum Durchbruch gelangt dort 1989/90, befördert durch den Golfkrieg als „defining hour“ (George Bush senior) des neuen Zeitalters. Definitionskriterium dieser neuen Weltordnung ist das Ende der Bipolarität, das Ende jenes nuklear abgestützten machtpolitischen Nullsummenspiels, in dem der Vorteil der einen unweigerlich der Nachteil der anderen Seite war. Definitionskriterium dieser neuen Weltordnung ist vor allem der Abbau zweier potenzieller Gefahrenmomente des Kalten Krieges: das der horizontalen, also geographischen Eskalation, die jeden Zusammenprall zwischen Klienten der beiden Blöcke in fernen Regionen („Stellvertreterkriege“) zum Ausgangspunkt eines möglichen Krieges zwischen den Supermächten selbst stempelte, und das der vertikalen, also qualitativen Eskalation, die jedes bewaffnete Ost-West-Scharmützel zum nuklearen Schlagabtausch zwischen den beiden Supermächten aufzuschaukeln drohte (vgl. im Überblick Chojnacki/Eberwein 2000).

Ausgangspunkt: Renationalisierung Europas

Das Ende des Ost-West-Konflikts und der damit einhergehende Verfall der bipolaren Weltordnung führten aber nicht zu jenem erwarteten dauerhaften und stabilen Frieden in Europa und seinen Nachbarregionen. Die Renationalisierung Europas (Joffe 1992) seit Beginn der 1990er Jahre manifestierte sich nicht nur im Debakel um die Verhandlungen und Ergebnisse des Vertrages über die Europäische Union. Dieser war zwar eine europäische Reaktion auf die neuen globalen Herausforderungen, setzte aber im Ergebnis die zwischenstaatliche Zusammenarbeit der so genannten „Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners“ in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie in der Zusammenarbeit in der

Innen- und Justizpolitik (ZIJ) fort. Sie manifestierte sich auch in den Unabhängigkeitserklärungen der mittel- und osteuropäischen Staaten und vor allem im Ausbruch des Jugoslawienkrieges, dessen grausam-irrationale Realität uns aufgrund vielfacher Verflechtungen (persönliche Bekanntschaften, Urlaubserinnerungen, Geschäftsverbindungen) ganz besonders, unvermittelt ansprang.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ist erstmalig zu Beginn der 1990er Jahre der Krieg in Teilen Europas außerhalb der EU wieder führbar (Münkler 1992: 7 ff.), aber auch spürbar geworden. Als Beispiele für die Wiederkehr des Krieges – oder genauer: den Rekurs auf die Anwendung militärischer Gewalt zur Durchsetzung politischer, gesellschaftlicher, oder weltanschaulicher Ziele – wären hier der jugoslawische Nachfolgekrieg 1991 – 1995 und der Angriffskrieg der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien im Frühjahr 1999, aber auch die Terrorattentate im März 2004 in Madrid und im Juli 2005 in London zu nennen. Die Attentate am 11. September 2001 in den USA haben zudem nicht nur die Verwundbarkeit der Vereinigten Staaten und der Europäer gezeigt. Aufgrund der zunehmenden Interdependenzen im internationalen System ist die Verwundbarkeit einzelner Staaten nicht mehr nur entlang territorialer Grenzen zu verspüren. Politische, wirtschaftliche und soziokulturelle Interaktionen unterlaufen nationalstaatliche Grenzziehungen. Staaten sind nicht mehr die allein entscheidenden Akteure in der Weltgesellschaft. Vielmehr treten sie in Konkurrenz zu zahlreichen neuen Akteuren und Netzwerken, um Interessendurchsetzung auf den unterschiedlichen politischen Handlungsebenen eines Multi-Level-Governance-Systems zu ermöglichen (Überblick: Schuppert 2005). Dieses gilt auch im Bereich Konfliktregulierung und Friedenssicherung. Damit gewinnt die Frage nach den Ursachen und Bedingungen direkter militärischer Gewaltanwendung, nach den Möglichkeiten und Formen des Krisenmanagements, der Kriegsverhütung und Friedenssicherung eine dringliche Aktualität und stellt eine qualitativ neue Herausforderung für die Friedens- und Konfliktforschung dar.

Am Beispiel des Jugoslawienkonflikts werden in diesem Studienbrief Möglichkeiten und Grenzen der Konfliktanalyse erörtert. Vor dem Hintergrund dieser Erörterung wird den Ausprägungen und Erscheinungsformen fünf grundsätzlicher Konfliktbearbeitungsweisen nachgegangen:

Möglichkeiten der
Konfliktbearbeitung

1. der Verhütung oder Vermeidung von Konflikten (Prävention),
2. der Intervention zur Eindämmung gewaltsamer Konflikte,
3. des Managements, also der rechtlichen Regelung von Konflikten und ihres Austrags,
4. der Lösung oder Transformation von Konflikten,
5. der Nachsorge von Konflikten (damit zugleich auch der Prävention von Folgekonflikten)

Erkenntnisleitendes Interesse des Studienbriefs ist zunächst die Frage, welche Konfliktbearbeitungsmodi zu einer Reduzierung des Ausmaßes internationaler militärischer Gewaltanwendung beitragen, indem sie Konflikte wenn nicht aufheben, so doch unter gewaltmindernde Kontrolle bringen und Krisensituationen so stabilisieren, dass die Gefahr einer militärischen Eskalation gebannt wird. In Erweiterung dieser Fragestellung ist ferner zu prüfen, welche dieser Konfliktbearbeitungsmodi unter den Begriff der „Zivilisierung von Konflikten“ subsumiert werden können – d.h. der Transformation eines gewaltsam ausgetragenen Konfliktes in einen solchen dienen, der mit anderen, nicht-gewaltsamen Mitteln ausgetragen wird. Entscheidend ist hierbei, welche Lehren sich aus vergangenen Konflikten und deren Bearbeitung ziehen lassen. Welchen Modifikationen müsste die Konfliktbearbeitung im Allgemeinen unterworfen werden, um in vergleichbaren Fällen zu einer nachhaltigeren Lösung zu kommen. Als zentrales Fallbeispiel für diese Leitfragen dient der Krieg in Jugoslawien. Wir fragen danach, welche der genannten Konfliktbearbeitungsformen unter welchen Bedingungen hätten Anwendung finden können. Der Leser soll dadurch in die Lage versetzt werden, in diesem und in anderen, zukünftigen Konfliktfällen Ansätze zu einer eigenen rationalen Analyse von Konflikten zu entwickeln und welche Rolle beispielsweise internationale Organisationen bei der Konfliktregulierung spielen können. Dabei wird der Leser aber auch feststellen, dass es einen umfassenden und konsistenten Konfliktregulierungszyklus wie dieser theoretisch reklamiert wird, in der Praxis nicht gibt. So spiegelt der stellenweise mangelnde Bezug zwischen den einzelnen Kapiteln des Studienbriefs die Umsetzungsschwierigkeiten von Konfliktregulierungsmechanismen in der Praxis wider, die ebenfalls wenig aufeinander abgestimmt sind. Dementsprechend liegt die Schwäche in der Konfliktregulierung zunächst einmal in der Übersetzungsproblematik von theoretischem Wissen in die Praxis und umgekehrt in den Ableitungsdefiziten von der Praxis in die Theorie.

Thesen zur Zukunft der Weltgesellschaft

Dieses Unternehmen kann freilich nur vor dem Hintergrund einer Skizzierung umfassenderer weltpolitischer Entwicklungen verwirklicht werden (vgl. überblicksweise Kaiser/Schwarz 2000; Ferdowsi 2002; Opitz 2002; Rittberger 2004). Welche Prognose lässt sich für die Zukunft der Weltgesellschaft stellen? Ganz offensichtlich bedarf die seit Ende des Ost-West-Konfliktes immer wieder beschworene Neue Welt(un)ordnung im Blick auf ihren konzeptionellen Unterbau wie im Blick auf ihre konflikthafte Realisierung (Überblick: Hubel 2005) der weiteren Konkretisierung. Einander gegenüber stehen zwei Thesen: einmal die, dass die Struktur dieser Weltordnung unipolar ist – abgesichert durch die von ihren Verbündeten unterstützte, als Supermacht allein das Feld behauptende USA; zum anderen die, dass die Vereinigten Staaten schon in den 1970er und 1980er Jahren an einem „imperial overstretch“ (Kennedy 1989) gelitten hätten, der die Grundlage für eine erfolgreiche Hegemonialpolitik nicht nur in den 1990er Jahren beschädigte. Horrende Haushaltsdefizite, Infrastrukturmängel, unterfinanzierte Bildungs-, Fürsorge- und Gesundheitssysteme können Hegemonieverlust bewirken – die von konservativen US-Regierungen entworfene Vision einer auf militärische Stärke gestützten Weltordnung, in der die USA die Regeln vorschreiben,

selbst aber diesen nicht unterworfen sind (Müller 2003), führt nicht erst seit dem 11. September in die Sackgasse militarisierter Dominanzpolitik. Wenn damit einhergeht

- die Verschärfung nicht zuletzt ökonomischer Widersprüche in der OECD-Welt und die Intensivierung des Konflikts zwischen den Kräften der Integration und den Kräften der Fragmentierung (Gaddis 1992: 198 ff.),
- das Aufkommen neuer globaler Gefährdungen (Brown u.a. 2004), der Zerfall von Staaten und die Privatisierung von Gewalt und Krieg (Ruf 2003) im Kontext der asymmetrischen Kriegführung (Schröfl/Pankratz 2004) sogenannter Neuer Kriege (Münkler 2002a; Frech/Trummer 2005),
- die Globalisierung der Unsicherheit (Altvater/Mahnkopf 2002) anstelle des Ausbaus und der Anwendung kluger Macht (Czempiel 1999),

dann wird die Antwort auf die Frage, ob denn eine imperiale Weltordnung den Trend des 21. Jahrhunderts darstelle (Jaberg/Schlotter 2005), letztendlich auf die Universalität eines in alle politischen Kontexte, in die Tiefen aller gesellschaftlichen Schichtungen eindringenden Empires verweisen, das über ungeheure Unterdrückungs- und Zerstörungspotentiale verfügt, und dessen Herrschaftsanspruch keine Schranken kennt (Hardt/Negri 2002).

Freilich – uns scheint, dass die Weltgesellschaft kurz- und mittelfristig sich weder dem unipolaren noch dem gänzlich fragmentierten Strukturtyp annähern wird, sondern vielmehr einzelne Aspekte beider Typen wiederzuspiegeln, ohne jedoch zu einer eindeutigen Synthese zu führen. In der Tendenz ist die Feststellung:

„[...] von der zentripetal wirkenden Kraft des Ost-West-Konflikts befreit, zeigen die Internationalen Beziehungen der Welt jetzt zentrifugale Tendenzen, die zur Polyarchie und Multipolarität führen [...]“ (Czempiel 1991: 48),

sicher noch richtig. Dennoch werden wir es noch eine Weile in den verschiedenen Handlungsfeldern der Weltpolitik mit je unterschiedlichen Organisationsprinzipien und -strukturen zu tun haben – Prinzipien und Strukturen allerdings, die sich gegenseitig überlappen und durchdringen und somit als „komplexe Multipolarität“ zu bezeichnen sind. Die komplexe Multipolarität der Weltgesellschaft zeichnet sich durch die folgenden Erkennungsmerkmale aus:

Erkennungsmerkmale
der komplexen
Multipolarität

1. einen Anspruch der USA auf Quasi-Hegemonie im Bereich militärischer Machtanwendung bei gleichzeitiger Unzulänglichkeit, ihr unilaterales Handeln tatsächlich durchzusetzen,
2. eine Quasi-Autonomie von neuen globalen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren, die nicht nur aufgrund ihrer Verfügungsgewalt über ABC-

Waffen, sondern auch über ihr Technologie-, Wissens- und Kommunikationspotential an Geltung gewinnen,

3. eine Tendenz zu Ad-hoc-Allianzen zu Problemlösungen zwischen verschiedensten globalen Akteuren in den unterschiedlichsten Politikfeldern (Sicherheitspolitik, Umweltpolitik, Handelspolitik etc.),
4. ein wachsender Wettbewerbsdruck zwischen regionalen Wirtschaftszentren, der nicht allein im Rahmen der WTO gebändigt werden kann,
5. eine Fortführung der Zentrums-Peripherie-Diskrepanz, welche aber nicht mehr nur entlang der Grenzlinien der OECD- und Nicht-OECD-Welt zu sehen ist, sondern sich auf allen Schichten der politischen Wirklichkeit herauskristallisiert,
6. eine globale Auseinandersetzung um die Deutungshoheit über Normen und Rechtsetzung im internationalen System und damit einhergehend die Privatisierung von Weltinnenpolitik.

Dass all diese Kraftfelder dem Streit um Einfluss und Interessendurchsetzung, Ressourcenaneignung und Güterumverteilung sehr viel mehr Spielraum eröffnen, als es in der Zeit des Kalten Krieges der Fall war, dürfte kaum in Abrede zu stellen sein. Die internationale Politik der Zukunft dürfte sehr viel komplexer und komplizierter werden, als wir es uns in der Friedens- und Vereinigungseuphorie des Jahres 1989 je haben träumen lassen.

Aus der komplexen Multipolarität und Unübersichtlichkeit in den Internationalen Beziehungen und Konflikten resultiert nicht zuletzt der Verlust an Steuerungsfähigkeit einzelner internationaler Organisationen in der Konfliktregulierung. Nur ein gelungenes Zusammenspiel, ein multilaterales Vorgehen internationaler Organisationen wie dieser einzigartig mit dem Stabilitätspakt für Südosteuropa in Kooperation mit dem Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der EU vorexerziert wurde, lässt Konfliktregulierung in einem relativ erfolgreichen Gesamtbild erscheinen. Auch sind im Hinblick auf die einzelnen Konfliktphasen unterschiedliche und zum Teil sich widersprechende Interaktionen zwischen den Akteuren in der Konfliktbewältigung zu beobachten. So sind die einzelnen Abschnitte im Konfliktregulierungsprozess mangelhaft aufeinander abgestimmt, dessen Problembehebung kann aber nicht den einzelnen Akteuren zugeschrieben werden. Die Deutungshoheit im globalen Regieren, was unter Krieg, Frieden, Konflikt und Konfliktbewältigung zu verstehen ist, unterliegt eben einem Dezentralisierungs bzw. Auflösungsprozess nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wissenschaft. Wer hat im globalen Regieren die Legitimität zu beurteilen, wann ein Konflikt reguliert ist? Lag diese Deutungshoheit bisher in den Händen der Vereinten Nationen, gerät diese zunehmend unter Druck.

Übungsaufgabe:

Nennen Sie Elemente, die den Begriff einer „komplexen Multipolarität“ der Weltgesellschaft rechtfertigen, und ordnen Sie sie entsprechend ihrer mutmaßlichen Wichtigkeit in einer Begriffspyramide an.